

Antrag

der Abgeordneten Volker Rühle, Christian Schmidt (Fürth), Karl Lamers, Paul Breuer, Dr. Karl A. Lamers (Heidelberg), Ulrich Adam, Hans-Dirk Bierling, Dr. Wolfgang Bötsch, Klaus Bühler (Bruchsal), Erich G. Fritz, Hermann Gröhe, Joachim Hörster, Dr. Karl-Heinz Hornhues, Georg Janovsky, Irmgard Karwatzki, Thomas Kossendey, Ursula Lietz, Ruprecht Polenz, Dr. Bernd Protzner, Hans Raidel, Helmut Rauber, Hans-Peter Repnik, Kurt J. Rossmanith, Anita Schäfer, Dr. Wolfgang Schäuble, Bernd Schmidbauer, Dr. Andreas Schockenhoff, Reinhard Freiherr von Schorlemer, Clemens Schwalbe, Dr. Christian Schwarz-Schilling, Bernd Siebert, Werner Siemann, Carl-Dieter Spranger, Dr. Rita Süßmuth, Dr. Theodor Waigel, Willy Wimmer (Neuss), Peter Kurt Würzbach, Benno Zierer und der Fraktion der CDU/CSU

Für eine neue Sicherheitsstrategie im 21. Jahrhundert

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Am Beginn des 21. Jahrhunderts stellt sich für die Atlantische Allianz die Frage der Sicherheitsstrategie neu: Der Kalte Krieg, in dem unsere Sicherheit vor allem auf der Fähigkeit zur gegenseitigen Vernichtung gründete, ist vorbei. Stattdessen ist, ungeachtet der präventiv angelegten Nichtverbreitungs- und Rüstungskontrollregime, eine besorgniserregende weltweite Verbreitung von Massenvernichtungswaffen und Trägersystemen festzustellen. Bei den Staaten bzw. internationalen Akteuren, die heute oder künftig im Besitz von Massenvernichtungswaffen sind, lässt sich das Prinzip der Abschreckung durch gegenseitige gesicherte Vergeltung nicht mehr aufrechterhalten, das in Zeiten des Kalten Krieges den Einsatz dieser Waffen verhinderte. Es kann nicht ausgeschlossen werden, dass auch terroristische Gruppierungen in den Besitz von Massenvernichtungswaffen gelangen werden. Gegen diese neuen Bedrohungen bedarf es neuer Möglichkeiten des Schutzes.

Der Deutsche Bundestag begrüßt deshalb die umfassende Überprüfung der Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik der Vereinigten Staaten durch die neue amerikanische Administration. Der russische Vorschlag, eine europäische Raketenabwehr zu errichten, zeigt im Übrigen, dass auch die russische Führung einen Schutz gegen die von den weltweiten Proliferationsrisiken ausgehenden Gefahren für notwendig hält.

Mit dem amerikanischen Projekt einer Raketenabwehr zeichnet sich die technische Grundlage dafür ab, eine neue Sicherheitsstrategie zu entwickeln, die über Prävention und Abschreckung hinaus defensive Elemente des Schutzes vor ballistischen Raketen einbezieht. Eine Raketenabwehr eröffnet in Verbindung mit Terrorprävention die Möglichkeit, die Gefahr der Erpressbarkeit zu

reduzieren und sich gegen nichtautorisierte und versehentliche Einsätze von Massenvernichtungswaffen zu schützen. Damit lässt sich die für eine aktive Friedens- und Stabilitätspolitik notwendige internationale Handlungsfähigkeit verbessern.

Die US-Administration verbindet ihre Pläne einer Raketenabwehr mit der Bereitschaft einseitiger drastischer Reduzierungen des eigenen Atomwaffenarsenals auf einige hundert Systeme, womit sich ein neuer Mix von Abschreckung und Verteidigung abzeichnet.

Die Regierung unter Präsident George W. Bush stellt im Unterschied zur vorherigen Administration Überlegungen mit Blick auf ein umfassendes System an, das u. a. die Zerstörung anfliegender Raketen bereits in der Startphase vorsieht. Dieses System soll auch dem Schutz sowohl amerikanischer Streitkräfte außerhalb der USA als auch der Verbündeten dienen. Damit eröffnet sich für die europäischen Alliierten die Möglichkeit, sich an der politischen und technischen Konzeption der Raketenabwehr zu beteiligen und dabei bereits in der Entwicklung befindliche Projekte einzubringen.

Bislang hat die Bundesregierung keinen nennenswerten Beitrag zur Debatte über die Raketenabwehr geleistet und es versäumt, auf eine einheitliche europäische Position hinzuwirken, wie es die CDU/CSU-Fraktion bereits in ihrem Antrag auf Bundestagsdrucksache 14/3378 „Für eine gemeinsame europäische Position in der Frage der Raketenabwehr (National Missile Defense)“ vom 16. Mai vergangenen Jahres gefordert hat. Ebenso wenig hat sie sich den Ansatz eines durch die Raketenabwehr möglich werdenden neuen Mix von Abschreckung und Verteidigung zu Eigen gemacht, wie er im Antrag der CDU/CSU-Fraktion auf Bundestagsdrucksache 14/4383 „Der deutschen Außenpolitik wieder Einfluss geben“ vom 24. November 2000 gefordert wurde. Die Bundesregierung hat vielmehr durch widersprüchliche Äußerungen dazu beigetragen, dass bei unseren Partnern Zweifel an der Haltung Deutschlands in der Frage der Raketenabwehr aufgekommen sind und sich der Eindruck festgesetzt hat, dass parteitaktische Erwägungen höher bewertet werden als Grundsätze der gemeinsamen Bündnispolitik. Dabei verschließt sich die Bundesregierung der Erkenntnis, dass die Europäer wegen ihrer geografischen Nähe zu tatsächlichen und potentiellen Proliferations- und Risikoregionen durch Massenvernichtungswaffen besonders gefährdet sind.

Vor diesem Hintergrund fordert der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auf:

1. sich aktiver gegen die weltweite Proliferation von Massenvernichtungswaffen und den daraus resultierenden unkalkulierbaren Risiken für unsere Sicherheit zu wenden und in Abstimmung mit den NATO-Verbündeten eine Politik zu formulieren, die sowohl eine Stärkung des Nichtverbreitungsregimes von ABC-Waffen als auch eine Bereitschaft zur Nutzung der neuen technologischen Möglichkeiten einer Raketenabwehr umfasst.
2. angesichts der weltweiten Proliferation von Massenvernichtungswaffen und den sich abzeichnenden neuen technologischen Möglichkeiten einer Raketenabwehr konkrete Vorstellungen mit Blick auf eine Anpassung und Überarbeitung der Sicherheitsstrategie im Atlantischen Bündnis zu entwickeln. Dabei gilt es zu prüfen, wie weit durch Raketenabwehr die Chance besteht, die Abhängigkeit von Offensivwaffen durch eine gemeinsame Abhängigkeit von defensiven Waffen zu reduzieren und damit die Strategie der militärischen Abschreckung neben der Prävention durch technische Möglichkeiten des Schutzes zu ergänzen.
3. sich bei einer Neubewertung des Verhältnisses von Abschreckung und Verteidigung von deutschen und europäischen Sicherheitsinteressen sowie vom

Gedanken des transatlantischen Zusammenhalts, der internationalen Stabilität und der Chancen der Abrüstung leiten zu lassen. Dabei sollte sich die Bundesregierung durch entsprechende Aufklärungsarbeit in der Öffentlichkeit um einen breiten gesellschaftlichen Konsens in dieser Frage bemühen.

4. das Angebot der US-Regierung zur Schaffung eines über nationale Raketenabwehr (NMD) hinausgehenden umfassenden Abwehrsystems aktiv aufzugreifen und sich mit eigenen Initiativen für eine europäische Schutzkomponente im Rahmen einer „Allied Missile Defense“ (AMD) in den Entscheidungsprozess einzubringen.
5. die sich mit dem Vorhaben einer Raketenabwehr ergebenden Möglichkeiten einer transatlantischen technologischen und wissenschaftlichen Kooperation zu nutzen und die Interessen deutscher Hochtechnologieunternehmen und Forschungseinrichtungen an einer Beteiligung aktiv zu unterstützen.
6. auf der Grundlage einer engen transatlantischen Kooperation den Dialog über Raketenabwehr so zu führen, dass die Offenheit für eine Einbeziehung von Nichtmitgliedstaaten der NATO gewahrt bleibt.
7. das Projekt einer Raketenabwehr auch im Hinblick auf die Chancen weiterer Abrüstungsschritte, so einer drastischen Reduzierung der Nukleararsenale, zu unterstützen. Ebenso muss sich die Bundesregierung für eine Stärkung des Nichtverbreitungsregimes sowie für ein Inkrafttreten des nuklearen Teststoppabkommens (CTBT) einsetzen.
8. zu einer Stärkung des Missile Technology Control Regime (MTCR) beizutragen und auf einen Beitritt möglichst vieler Staaten zu dem Abkommen hinzuwirken, um es zu einem wirksamen Instrument der Kontrolle der Weiterverbreitung von Raketentechnologie fortzuentwickeln und damit einen Beitrag zu einer sicheren Welt im 21. Jahrhundert zu leisten.

Berlin, den 13. März 2001

Volker Rühle
Christian Schmidt (Fürth)
Karl Lamers
Paul Breuer
Dr. Karl A. Lamers (Heidelberg)
Ulrich Adam
Hans-Dirk Bierling
Dr. Wolfgang Bötsch
Klaus Bühler (Bruchsal)
Erich G. Fritz
Hermann Gröhe
Joachim Hörster
Dr. Karl-Heinz Hornhues
Georg Janovsky
Irmgard Karwatzki
Thomas Kossendey
Ursula Lietz
Ruprecht Polenz
Dr. Bernd Protzner
Hans Raidel

Helmut Rauber
Hans-Peter Replik
Kurt J. Rossmanith
Anita Schäfer
Dr. Wolfgang Schäuble
Bernd Schmidbauer
Dr. Andreas Schockenhoff
Reinhard Freiherr von Schorlemer
Clemens Schwalbe
Dr. Christian Schwarz-Schilling
Bernd Siebert
Werner Siemann
Carl-Dieter Spranger
Dr. Rita Süßmuth
Dr. Theodor Waigel
Willy Wimmer (Neuss)
Peter Kurt Würzbach
Benno Zierer
Friedrich Merz, Michael Glos und Fraktion

